

Jörg Reitzig

Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit - Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ im postfordistischen Kapitalismus, Münster 2005: Verlag Westfälisches Dampfboot (Abstract)

Im Zuge der neoliberalen Politik der „Rückbildung des Staates“ (Bourdieu) hat seit den 1970er Jahren eine Welle der Umverteilung von Unten nach Oben in den europäischen Wohlfahrtsstaaten eingesetzt. Die Balance zwischen dem Ausgleich divergierender kollektiver Interessen und der Realisierung sozialen Fortschritts ist aus dem Gleichgewicht geraten. Die Folgen dieser Renaissance der Ungleichheit sind nicht nur für die Menschen am unteren Ende der sozialen Wohlstandshierarchie dramatisch, sondern auch im Hinblick auf das gesellschaftlich erreichte Niveau der demokratischen und zivilen Standards. Die Forderung nach einem ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘ ist demgegenüber sowohl Ausdruck der Kritik an diesem Entwicklungsbruch, als auch des Versuchs, den Desintegrations- und Zentrifugalkräften, die durch eine sich ihrer sozialen Verpflichtungen mehr und mehr entledigende globalisierte Ökonomie freisetzt werden, eine normativ unterfütterte Politik der zeitgemäßen demokratischen Zivilisierung entgegenzusetzen.

Im Einzelnen gliedert sich die vorliegende Untersuchung in vier Hauptteile. Der erste Teil ist zunächst der Entwicklung und Bedeutung der Idee vom Gesellschaftsvertrag gewidmet sowie ihrer kontextuellen Wandlung im Rahmen der Renaissance der sozialen Frage in der Gegenwart. Der zweite Teil fokussiert den Begriff „Zivilisierung“ anhand aktueller Interpretationen des sozialen Verhältnisses von Konsens und Konflikt. Zu einem zentralen Anliegen politik- und sozialwissenschaftlicher Analysen wurden seit den 1970er Jahren zunehmend solche Theorien, die die Strukturen und Potentiale gesellschaftlicher Selbststeuerung in den Mittelpunkt rücken. Die Forderung nach einem ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘ ist nur vor diesem Hintergrund tatsächlich zu verstehen. Das Zusammenspiel von politischer Hegemonie und normativer Deutung stellt den Gegenstand des dritten Teils der Analyse dar. Denn die Periode des Postfordismus ist nicht nur durch die Rückkehr der sozialen Frage oder eine sukzessive Entdemokratisierung geprägt. Sie stellt sich auch als eine Periode des ‚Kampfes um gesellschaftliche Leitbegriffe‘ dar. Einer dieser umkämpften Leitmotive ist der Begriff „Gerechtigkeit“. Zum einen wird an dieser Stelle daher der innere Zusammenhang der Begriffe Hegemonie, Gesellschaftsvertrag und Gerechtigkeit diskutiert. Zum anderen werden die Konfliktlinien dieses Gerechtigkeitsdiskurses in ihren wesentlichen Grundzügen und anhand relevanter Vertreter der unterschiedlichen Theoriestränge skizziert. Der vierte Teil ist schließlich dem Versuch gewidmet, die drei vorangegangenen allgemeinen Aspekte der Debatte um einen ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘ auf einem spezifischen politischen Feld zu konkretisieren. Aufgrund seiner gesellschaftlichen Zentralität wird hier der Bereich der ‚Politik um Arbeit‘ herangezogen.

Die Analyse mündet in der Perspektive einer *Zivilisierung gesellschaftlicher Arbeit*. Diese zielt einerseits auf die Rückeroberung eines Raums gesellschaftlicher Selbstreflexion, der es ermöglicht emanzipative Strategien der Krisenbewältigung zu erschließen und die Gesellschaft vor dem weiteren Verlust von Handlungsfähigkeit infolge des Verlusts der Erinnerung an Kulturleistungen zu bewahren. Andererseits geht es darum, das ökonomische Denken wieder in den Dienst der Entfaltung menschlicher Möglichkeiten zu stellen. Denn entgegen den vorherrschenden Privatisierungstendenzen wird die Stärkung des öffentlichen Rechts in den politischen Beziehungen und ein qualitativ hochwertiges Angebot öffentlicher Güter auch in Zukunft entscheidende Grundlagen eines hohen Zivilisationsniveaus und eines dementsprechenden ‚Neuen Gesellschaftsvertrags‘ bleiben.